

FAQs „Zweiter Engagementbericht“

I. Hintergrund Zweiter Engagementbericht

1. Wer ist Mitglied der Sachverständigenkommission? (+Tätigkeitsschwerpunkt)

- **Prof. Dr. Thomas Klie (Vorsitzender der Kommission)**

Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Evangelischen Hochschule Freiburg, Privatdozent an der Alpen Adria Universität Klagenfurt/Iff Wien und Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg/Berlin (zze)

Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u. a. die Theorie der Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement, Welfare Mix, Monetarisierung und Ehrenamt, Good Governance und freiwilliges Engagement; Bürgerkommune und Teilhabe.

- **Prof. Dr. Michael Hüther (stellvertretender Vorsitzender der Kommission)**

Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)

Michael Hüther gehört zu den renommiertesten deutschen Wirtschaftsforschern.

Er war/ist Mitglied zahlreicher Sachverständigenkommissionen und Beiräte und publiziert regelmäßig zu wirtschaftswissenschaftlichen Themen.

Seit 2001 ist er Honorarprofessor an der EBS Business School in Oestrich-Winkel.

- **Prof. Dr. Daniela Birkenfeld**

Stadträtin und Dezernentin der Stadt Frankfurt am Main, Dezernat VIII – Soziales, Senioren, Jugend und Recht

Studium der Wirtschafts-, Rechts- und Politikwissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main und in Montreal, Kanada.

Seit 2007 ist sie hauptamtliche Stadträtin in Frankfurt am Main, zunächst als Dezernentin für Soziales und Sport, seit 2009 für Soziales, Senioren, Jugend und Recht.

- **Prof. Dr. Peter Dehne**

Professor für Planungsrecht/Baurecht an der Hochschule Neubrandenburg

Seit 1990 berät er kleine Städte, Gemeinden und Regionen in Ostdeutschland. Seine Schwerpunkte der angewandten Forschung sind die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Raumentwicklung, die Anpassung und der Umbau der regionalen Daseinsvorsorge, die kooperative Regionalentwicklung, Strategien und Politik für ländliche Räume sowie strategische Planung und Beratung für Klein- und Mittelstädte.

- **Prof. em. Dr. Adalbert Evers**

Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Die Arbeit von Herrn Evers konzentriert sich im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik auf soziale Dienste. Sie erfolgt vor allem unter Gesichtspunkten der Rolle von Dritte-Sektor-Organisationen und der Forschung zum Zusammenhang von Zivilgesellschaft, bürgerschaftlichem Engagement und demokratischer Governance. Neuere Arbeiten gelten in diesem Kontext der Rolle von sozialen Innovationen.

- **Prof. Dr. Brigitte Geißel**

Professorin für Politikwissenschaften und politische Soziologie mit dem Schwerpunkt Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Sie ist Leiterin der Forschungsstelle „Demokratische Innovationen“ an der Goethe-Universität. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören: Demokratische Innovationen, politische Partizipation, neue Governance-Formen, Zivilgesellschaft.

- **Prof. Dr. Renate Köcher**

Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach). Das Institut untersucht seit Langem auch das Engagement der Bevölkerung.

Renate Köcher hat zahlreiche Veröffentlichungen zu demoskopischen Studien vorgelegt, insbesondere zu Untersuchungen im Bereich der Familien- und Sozialforschung. Sie publiziert regelmäßig auch in großen Tages- und Wochenzeitungen.

- **Prof. Dr. Tilman Mayer**

Professor für Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Die Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Arbeit liegen in der politischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, in der politischen Kulturforschung und Demoskopie, in der Parteienforschung, in der Demografiepolitik sowie in der vergleichenden Deutschlandforschung.

- **Prof. Dr. Doris Rosenkranz**

Professorin an der Fakultät Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Nürnberg

Zu Ihren Forschungsschwerpunkte gehören: Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenmanagement, Evaluationen, Implikationen des demografischen Wandels.

- **Prof. Dr. Martina Wegner**

Professorin für die Organisation von Zukunftsdiskursen, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften an der Hochschule München

Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören u. a. Sozialethik und Wirtschaftsethik, Zivilgesellschaft und Dritter Sektor, Wohlfahrtspluralismus, Demografischer Wandel, Kommunalberatung und -entwicklung (Leitbildentwicklung, partizipative Prozesse etc.), Bürgerschaftliches Engagement.

2. Wie sieht der Berichtsauftrag aus?

Die Bundesregierung ist durch Beschluss des Deutschen Bundestags vom 19. März 2009 aufgefordert, einmal pro Legislaturperiode einen wissenschaftlichen Bericht einer jeweils neu einzusetzenden unabhängigen Sachverständigenkommission mit Stellungnahme der Bundesregierung vorzulegen. Der Bericht konzentriert sich jeweils auf einen thematischen Schwerpunkt und soll die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland darstellen. Der Bericht soll der Unterstützung einer nachhaltigen Engagementpolitik dienen und die politischen und wissenschaftlichen Diskurse über aktuelle Entwicklungen, Prognosen und Debatten problemorientiert darstellen, innovative Ansätze im Bereich bürgerschaftlichen Engagements anregen und der Bundesregierung sowie den weiteren Akteuren konkrete politische Handlungsempfehlungen geben.

Der Erste Engagementbericht der Bundesregierung, der in der 17. Legislaturperiode vorgelegt wurde, trägt den Titel „Für eine Kultur der Mitverantwortung“ und umfasst das Schwerpunktthema „Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen“. Der Zweite Engagementbericht, der in der 18. Legislaturperiode fertiggestellt wurde, widmet sich dem thematischen Schwerpunkt „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“.

3. Gibt es eine Tagung zum Zweiten Engagementbericht?

Ja, am 19. Mai 2017, ganztägig, im dbb Forum Berlin.

II. Engagement in Zahlen

1. Wie viele Menschen engagieren sich in Deutschland?

Der Freiwilligensurvey 2014 weist für das Jahr 2014 44 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren als freiwillig engagiert aus, also etwa 31 Millionen Menschen. Bei der Bewertung der Ergebnisse des Freiwilligensurvey muss jedoch eine Überhöhung der ausgewiesenen Engagementquote berücksichtigt werden. Sie ergibt sich, weil die Stichprobe einen zu großen Anteil an Befragten mit höherer Bildung enthält. Eine bevölkerungsrepräsentative Berücksichtigung dieser Gruppe würde den Anteil der Freiwilligen von 44 auf 40 Prozent der Bevölkerung verringern.

- Zudem muss darauf hingewiesen werden, dass die verschiedenen Studien bei ihren Untersuchungen des Engagements von unterschiedlichen Ermittlungskonzepten ausgehen und damit auch unterschiedliche Kreise von Engagierten erfassen. Die deutlich divergierenden Engagementquoten ergeben sich vor allem aus den unterschiedlichen Fragestellungen und Frageansätze.
- Eine Zusammenschau der Ergebnisse von Studien zum Engagement in Deutschland, die im Engagementbericht aufgearbeitet werden, deutet insgesamt auf drei Kreise der Engagierten hin:
 - einen engeren Kreis der Ehrenamtlichen „mit Amt oder fester Aufgabe“, der etwa ein Fünftel der Bevölkerung umfasst;
 - den Kreis der Aktiven, in dem zu den „Ehrenamtlichen“ auch noch weniger fest gebundene engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gehören. In diesen Kreis ordnet sich etwa ein Drittel der Bevölkerung ein.
 - den weitesten Kreis, der zusätzlich zu den vorgenannten Gruppen auch gelegentlich Engagierte umfasst, die zum Teil nur sporadisch aktiv werden, etwa wenn es darum geht, einmal im Jahr bei einer Veranstaltung zu helfen. Dieser weiteste Kreis umfasst zwischen etwa 40 und 55 Prozent der Bevölkerung.

2. Wie entwickelt sich das Engagement in Deutschland in den letzten Jahren?

- Eine Zunahme des Engagements in Deutschland wird durch unterschiedliche Studien bestätigt. Langfristig hat sich das freiwillige Engagement der deutschen Bevölkerung beträchtlich erweitert.
- Dem Freiwilligensurvey 2014 zufolge erhöhte sich der Anteil der Engagierten zwischen 2009 und 2014 von 36 auf 44 Prozent der Bevölkerung. Für 1999 betrug die ausgewiesene Engagementquote 34 Prozent der Bevölkerung und für 2004 wie auch für 2009 dann 36 Prozent.
- Zur Erläuterung der sprunghaften Trendentwicklung verweist der Bericht zum Freiwilligensurvey 2014 auch auf methodische Veränderungen bei der Ermittlung des Engagements. Zur Bewertung der Ergebnisse (s.o. Antwort auf Frage 1).

3. Wie ist es um das Engagement in Deutschland bestellt, verglichen mit anderen europäischen Ländern?

Daten für europaweite Vergleiche stehen sowohl aus dem Eurobarometer 2011 als auch aus der sechsten Welle des European Social Survey (2012) zur Verfügung:

- In Deutschland berichten 34 Prozent über eine regelmäßig oder gelegentlich ausgeübte freiwillige Tätigkeit. Lediglich in neun der EU-Länder sind 30 oder mehr Prozent der Bevölkerung aktiv. Der Wert für Deutschland liegt im oberen Viertel der Nennungen.
- Vergleichsweise verbreitet ist das Engagement in den eher nord- und mitteleuropäischen Ländern (Niederlande, Dänemark, Finnland, Österreich, Luxemburg, Deutschland).
- Durchschnittliche Quoten werden in den größeren westeuropäischen Ländern wie Frankreich und Großbritannien erreicht, eher unterdurchschnittliche in den größeren südeuropäischen Ländern wie Spanien oder Griechenland.
- Eher gering ist das Engagement in einigen der ost- und mittelosteuropäischen Beitrittsländern wie Polen, Bulgarien und Rumänien.

4. Welche (wissenschaftlichen) Informationsquellen können Aufschluss über Umfang und Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements geben?

- Die Freiwilligensurveys und ihre Sonderauswertungen
- Die Zeitverwendungsstudie des Statistischen Bundesamtes
- Das Eurobarometer
- Der ZiviZ-Survey („Zivilgesellschaft in Zahlen“)
- Das Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
- Der European Social Survey (ESS)
- Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)
- Der Freizeitmonitor
- Die Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) und weitere Untersuchungen des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD)
- Das Nationale Bildungspanel (NEPS)
- Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A)
- Shell Jugendstudien
- Der Deutsche Alterssurvey (DEAS)
- Diverse weitere Studien, die z. B. vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegeben oder von Stiftungen finanziert werden.

5. Wer engagiert sich in Deutschland?

– Engagement nach Alter

Nach den Ergebnissen unterschiedlicher Studien finden sich überproportionale Zuwächse des Engagements sowohl im jüngeren Alterssegment der unter 30-Jährigen wie auch bei den Älteren ab 60 Jahren:

- Der Freiwilligensurvey 2014 weist eine starke Zunahme der Engagementquote von 14- bis 19-Jährigen von 36 Prozent (2009) auf 52 Prozent aus

- Auch die 20- bis 24-Jährigen engagieren sich mit 48 Prozent noch überdurchschnittlich häufig. In den darauf folgenden Altersgruppen der 25- bis 29-Jährigen (40 Prozent) und der 30- bis 34-Jährigen (41 Prozent) sind es dann bereits deutlich weniger Engagierte (Freiwilligensurvey 2014).
- Insbesondere in den Altersgruppen von 60 bis etwa Mitte 70 gibt es heute einen beträchtlichen Anteil von Freiwilligen. In den zurückliegenden Jahrzehnten ist unter den älteren Menschen ab 60 Jahren auch der engere Kreis der fest Eingebundenen und Ehrenamtlichen deutlich angestiegen.
- Besonders groß sind die Veränderungen unter den 70- bis 74-Jährigen, von denen im Jahr 2000 nur 16 Prozent ein Ehrenamt übernommen hatten. Derzeit haben in dieser Altersgruppe 27 Prozent Ehrenämter inne (AWA).
- Von den 65- bis 85-Jährigen sind im weiteren Kreis 45 Prozent zumindest gelegentlich in den unterschiedlichen Bereichen des freiwilligen Engagements aktiv (Generali Altersstudie).
- **Engagement nach Geschlecht**
- Aktuelle Studien zeigen, dass sich Frauen derzeit insgesamt noch immer weniger häufig als Männer engagieren. Der Freiwilligensurvey 2014 weist Beteiligungsquoten für Frauen und Männer von 42 Prozent bzw. 46 Prozent aus.
- Dabei bilden sich die Unterschiede vor allem im engeren Kreis der stärker Eingebundenen und der regelmäßig Aktiven aus: Frauen übernehmen seltener Ehrenämter und feste Aufgaben beim Engagement als Männer. Dagegen sind die Anteile der weniger fest eingebundenen Helferinnen und Helfer unter Frauen und Männern etwa gleich groß.
- Im „informellen“ Nahbereich der Hilfe und Unterstützung sind Frauen hingegen häufiger aktiv als Männer.
- Die Engagementquoten der beiden Geschlechter haben sich langfristig stark angenähert. Für Frauen hat sich die Beteiligung am gesellschaftlichen Engagement außerhalb der Familie in den zurückliegenden Jahrzehnten zunehmend eröffnet.
- Geprägt wird das Erscheinungsbild des Engagements durch die unterschiedlichen Präferenzen der Geschlechter: Männer werden deutlich eher im Sport aktiv als Frauen. Weitere Männerdomänen sind der Unfall- und Rettungsdienst, die Politik und die Gewerkschaften sowie Berufsverbände. Frauen engagieren sich dagegen weitaus eher als Männer im Gesundheits- und Sozialbereich, in Schulen und Kindergärten sowie auch in den Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften.
- **Engagement nach Bildungsabschluss**
- Zu den regelmäßig gemessenen Befunden der empirischen Engagementforschung gehört die ungleiche Beteiligung der sozialen Schichten an Freiwilligenaufgaben. Angehörige der Mittelschicht und der höheren Schichten engagieren sich deutlich eher als Angehörige der einfachen Schicht.
- Besonders deutlich prägen sich solche Unterschiede aus, wenn man die Bevölkerung nach ihren Schulabschlüssen (einfacher, mittlerer, höherer) unterteilt. Den vier Wellen des Freiwilligensurveys zufolge sind Personen mit höherer Schulbildung mit 52 Prozent fast doppelt so häufig engagiert wie Personen mit einfacher Schulbildung (28 %). Vertiefende Analysen des Sachverhalts lassen erkennen, dass sich einfach Gebildete, die eine Berufsausbildung absolviert haben, weitaus eher beteiligen als jene, die ohne Berufsausbildung auskommen müssen.

– **Engagement von Schülerinnen und Schülern**

- Es wurde eine starke Zunahme des Engagements der aktiven Jüngeren, insbesondere von 14-/15- bis 19-Jährigen, festgestellt (s.o. „Engagement nach Alter“). Diese Zunahme vollzog sich nicht allein im Randbereich der weniger fest Engagierten, sondern auch im Kernbereich der fest Eingebundenen bzw. ehrenamtlich Tätigen. Diese Entwicklung korrespondiert mit der ebenfalls erheblichen Zunahme der Präsenz von Schülerinnen und Schülern in Vereinen und Fördereinrichtungen.
- Der Freiwilligensurvey 2014 weist eine starke Zunahme der Engagementquote von 14- bis 19-Jährigen von 36 Prozent (2009) auf 52 Prozent aus.
- Die Daten des European Social Surveys (ESS) zeigen für den Zeitraum von 2006 bis 2012, dass unter den 15- bis 19-Jährigen der Anteil derer, die wenigstens einmal im Halbjahr für zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv sind, von 39 auf 54 Prozent zugenommen hat.
- Die Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) (2000-2014) ermittelt für das Alterssegment von 14 bis unter 20 Jahren eine Vergrößerung des Anteils der Ehrenamtlichen von 9 auf 12 Prozent.

– **Engagement nach Erwerbsstatus**

- Aufgliederungen nach den Berufskreisen und dem Haushaltseinkommen weisen auf eine weitaus größere Engagementbeteiligung der Berufstätigen, insbesondere aus den gehobenen Schichten hin. Der Bericht zum Freiwilligensurvey 2014 merkt an, dass die unterschiedlichen sozioökonomischen Faktoren kumulativ wirken: Beispielsweise engagierten sich höher Gebildete mit höheren Einkommen noch einmal häufiger als höher Gebildete mit durchschnittlichen Einkommen.
- Dazu muss auf unterschiedliche Voraussetzungen verwiesen werden: Angehörige der Mittelschicht oder der gehobenen Schichten leben meist in gesicherten materiellen und sozialen Verhältnissen und verfügen deshalb über größere Spielräume, um jenseits der eigenen Lebensbedürfnisse auch für andere aktiv zu werden. Zudem weisen sie häufig Berufs- und Organisationserfahrung vor, sodass etwa die Übernahme von anspruchsvollen Funktionen, Leitungsaufgaben und Ehrenämtern für sie eher naheliege. Nicht zuletzt kommen sie durch ihre ohnehin festere gesellschaftliche Einbindung eher in Kontakt mit Trägern des Engagements.

– **Engagement von Personen mit Migrationshintergrund**

- Untersuchungen zeigen, dass Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Personen ohne Zuwanderungsgeschichte im Durchschnitt (gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung) weniger engagiert und in den klassischen zivilgesellschaftlichen Bereichen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, zum Beispiel der freiwilligen Feuerwehr, unterrepräsentiert sind.
- Nach den Ergebnissen des aktuellen Freiwilligensurveys lag die Engagementquote von Personen mit Migrationshintergrund 2014 bei 32 Prozent und damit um 15 Prozentpunkte unter der Quote in der übrigen Bevölkerung (47 %). Dabei unterscheidet sich der Anteil Engagierter stark nach der Art des Migrationshintergrunds. In Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind weitaus häufiger engagiert als selbst Zugewanderte. Diese Angehörigen der „zweiten Generation“ übernehmen freiwillige Aufgaben fast ebenso häufig wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.

– **Engagement für Geflüchtete?**

Die hohe Anzahl der ab Sommer 2015 in Deutschland Zuflucht suchenden Menschen hat zu einer beträchtlichen Zunahme von Engagement, praktischer Hilfe, Sach- sowie Geldspenden für geflüchtete

Menschen geführt: Fast die Hälfte der in Deutschland lebenden Menschen wurde in einer dieser Formen aktiv. Zudem sind neue, innovative Formen freiwilligen Engagements in der Flüchtlingshilfe entstanden. Studien hierzu stehen noch aus.

– Regionale Disparitäten und Auswirkungen auf das Engagement

Zu den wesentlichen Ressourcen und Bedingungen in den Regionen, die für die Entwicklung und Wirksamkeit von Engagement bedeutsam sind, zählen die

- *Einkommenssituation*,
- *Wirtschaftsstruktur* und *Beschäftigung*,
- *Dynamik der demografischen Entwicklung*,
- *Wahlbeteiligung* und *politische Partizipation* sowie
- *Ausstattung mit engagementfördernder Infrastruktur*.

Je besser diese regionalen Kennziffern ausgeprägt sind, desto besser fallen auch die Rahmenbedingungen für Engagement aus.

Gerade an den Außengrenzen Deutschlands gelegene Regionen mit starken strukturellen Defiziten haben mit einer Bündelung von Herausforderungen zu kämpfen. Hiervon sind mehrheitlich ostdeutsche Regionen, aber auch einige strukturschwächere Gegenden Westdeutschlands betroffen, in denen die Wirtschaftskraft niedriger sowie die sozioökonomische Lage der Bevölkerung schlechter ist.

– Engagement in West- und Ostdeutschland

- Im den westdeutschen Bundesländern engagieren sich mehr Menschen als in den ostdeutschen Ländern (Freiwilligensurvey 2014: 45 gegenüber 39 Prozent).
- Die unterschiedlichen Engagementquoten in Ost- und Westdeutschland ergeben sich nach den Befunden einer Befragung im Jahr 2013 vor allem im Kernbereich der regelmäßig Aktiven und Ehrenamtlichen. Die Bevölkerungsanteile der institutionell weniger fest Eingebundenen bzw. der unregelmäßig Engagierten sind dagegen in beiden Landesteilen etwa gleich groß.
- Die geringere Engagementbeteiligung in Ostdeutschland ist mit den deutlich höheren Arbeitslosenquoten, dem geringeren durchschnittlichen Einkommen sowie der schlechteren sozioökonomischen Lage der Bevölkerung zu begründen. Ebenso wirken sich spezifische Faktoren wie eine geringere Bindung an Kirche und Religion, eine mangelnde Engagementinfrastruktur sowie der anhaltende Bevölkerungsrückgang in ländlich geprägten Regionen in Ostdeutschland negativ aus.

– Engagement in Stadt- und Landregionen

- Engagement im ländlichen Umfeld ist stärker ausgeprägt als in Großstädten. Der Freiwilligensurvey 2014 weist für ländliche Regionen mit Verdichtungsansätzen eine Engagementquote von 46 Prozent, für Großstädte dagegen nur von 39 Prozent aus.
- Für die unterschiedlichen Engagementquoten sind die Siedlungsstruktur und das sozioökonomische Umfeld relevant, das sich durch Aspekte wie Arbeitslosenanteil oder Wirtschaftskraft jeweils unterschiedlich gestaltet.
- Der Stadt-Land-Gegensatz in den Engagementquoten wird unter anderem mit einer stärkeren Bedeutung des Engagements für die soziale Integration sowie einem höheren Bedarf in ländlichen Räumen erklärt und auf die Konkurrenz mit (kommerziellen) freizeitkulturellen Angeboten in Städten zurückgeführt.

6. In welchen Bereichen engagieren sich die meisten Bürgerinnen und Bürger?

Zwischen den Engagementbereichen finden sich deutliche Unterschiede.

Sport und Bewegung ist der gesellschaftliche Bereich, in dem sich die meisten Menschen freiwillig engagieren. Danach folgen die Bereiche **Schule und Kindergarten**, **Kultur und Musik**, **Soziales** sowie **Kirche oder Religion**.

► Ranking: Freiwilliges Engagement in 14 gesellschaftlichen Bereichen (Personen ab 14 Jahren in Deutschland; Freiwilligensurvey 2014)

1. **Sport und Bewegung: 16,3** Prozent
2. **Schule und Kindergarten: 9,1** Prozent
(z. B. Elternvertretung, Schülervvertretung, Förderkreis)
3. **Kultur und Musik: 9,0** Prozent
(z. B. Theater- oder Musikgruppe, Chor, kulturelle Vereinigung, Förderkreis)
4. **Sozialer Bereich: 8,5** Prozent
(z. B. Wohlfahrtsverband, Hilfsorganisation, Nachbarschaftshilfe)
5. **Kirchlicher oder religiöser Bereich: 7,6** Prozent
(z. B. Kirchengemeinde, kirchliche Organisation oder religiöse Gemeinschaft)
6. **Freizeit und Geselligkeit: 5,8** Prozent
(z. B. in einem Kleingartenverein oder einem Spieletreff)
7. **Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene: 4,0** Prozent
(z. B. Kinder- oder Jugendgruppen betreuen oder Bildungsveranstaltungen durchführen)
8. **Politik und politische Interessenvertretung: 3,6** Prozent
(z. B. in einer Partei, im Gemeinderat oder Stadtrat, in politischen Initiativen oder Solidaritätsprojekten)
9. **Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz: 3,5** Prozent
(z. B. in einem entsprechenden Verband oder Projekt?)
10. **Unfall- oder Rettungsdienst oder freiwillige Feuerwehr: 2,9** Prozent
11. **Sonstiger Bereich: 2,7** Prozent
(z. B. in Bürgerinitiativen oder Arbeitskreisen zur Orts- und Verkehrsentwicklung, in Bürgerclubs etc.)
12. **Gesundheitsbereich: 2,5** Prozent
(z. B. als Helfer oder Helferin in der Krankenpflege, Besuchsdienste, Verband, Selbsthilfegruppe)
12. **Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebs: 2,5** Prozent
(z. B. Gewerkschaft, Berufsverband, Arbeitsloseninitiative)
13. **Justiz oder Kriminalitätsprobleme: 0,7** Prozent
(z. B. als Schöffin oder Schöffe, Betreuung von Straffälligen oder Verbrechenopfern)

Folgende Engagementbereiche lassen sich in den vergangenen 15 Jahren als eindeutige Wachstumsbereiche bezeichnen:

- der soziale Bereich (von 4,1 Prozent auf 8,5 Prozent = 4,4 Prozentpunkte)
- Kultur und Musik (von 4,9 Prozent auf 9,0 Prozent = 4,1 Prozentpunkte)
- Schule und Kindergarten (von 5,9 Prozent auf 9,1 Prozent = 3,2 Prozentpunkte)
- Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene (von 1,7 Prozent auf 4,0 Prozent = 2,3 Prozentpunkte).

Offensichtlich zeigen sich hier aktuelle Schwerpunkte des freiwilligen Engagements wie Bildung und Soziales.

7. In welchen Bereichen engagieren sich Personen mit Migrationshintergrund am häufigsten?

Im Engagement von Personen mit Migrationshintergrund werden etwas andere Schwerpunkte erkennbar als im Engagement der übrigen Bevölkerung: Überdurchschnittlich häufig sind die Zugewanderten danach im religiösen Bereich sowie im Sozialbereich aktiv. Weitaus seltener als andere engagieren sie sich dagegen in den Bereichen Politik sowie Freizeit und Geselligkeit. Dabei stehen die Personen mit Migrationshintergrund aber bei der informellen Unterstützung von Angehörigen oder von Freunden und Bekannten, jenseits des engeren Bereichs des formellen Engagements, nicht hinter der übrigen Bevölkerung zurück,

8. Warum engagiert man sich überhaupt – aus welchen Motiven?

Studien betrachteten in der Regel unterschiedliche Motive. Bei den Engagierten ist von „komplexen Motivbündeln“ auszugehen, die sich acht Dimensionen zuordnen lassen:

- Engagement, um Dinge zu bewegen und zu verbessern;
- Engagement aus Wertüberzeugungen und Altruismus;
- Engagement als Sinngebung des eigenen Lebens durch bedeutsame Aufgaben und Anerkennung;
- Engagement als Bereicherung des eigenen Lebens (etwa durch Geselligkeit);
- Engagement als Entfaltung von Fähigkeiten und Neigungen;
- Engagement, um Entscheidungsfreiheit zu haben;
- Engagement durch Anstöße von anderen (etwa um andere nicht zu enttäuschen);
- Engagement für einen konkreten Nutzen.

Neben altruistischen, gruppen- oder sachbezogenen Antrieben nennen fast alle Engagierten auch selbstbezogene Motive.

9. Gibt es einen Trend zu mehr selbstorganisiertem („unkonventionellerem“) Engagement?

- Wie bereits im Jahr 1999 dominierte 2014 das Engagement in Vereinen und Verbänden oder kirchlichen bzw. religiösen Gruppen (insgesamt 65 %).
- 16 Prozent der Engagierten arbeiteten inzwischen in eher projekt- und anlassbezogenen individuell organisierten Gruppen und Initiativen mit. Damit haben Zahl und Anteil der Aktiven in den individuell organisierten Gruppen im beobachteten Zeitraum deutlich zugenommen: von 11 Prozent im Jahr 1999 und 10 Prozent im Jahr 2004 auf 15 Prozent im Jahr 2009 und 16 Prozent im Jahr 2014.
- Neue Medien und Informationstechnologien schaffen neue Möglichkeiten für die Aktivierung von Freiwilligen und die Akquise von Sachmitteln und prägen Arbeitsweisen und Organisationsformen. Arbeitende Gruppen organisieren sich, ihre Treffen und ihre Abstimmungen über Facebook und WhatsApp-Gruppen.
- Auf absehbare Zeit dürfte diese Entwicklung jedoch noch nicht zu einer grundsätzlichen Änderung in den Organisationsstrukturen des freiwilligen Engagements führen.

10. Welches sind aus Sicht der Sachverständigenkommission ganz neue, besonders signifikante und /oder überraschende Daten?

- Auf Grundlage einer Auswertung des European Social Surveys (ESS) lässt sich für Europa empirisch nachweisen, dass politisches und freiwilliges Engagement am ehesten in Gesellschaften mit einem hohen Maß an sozialer, wohlfahrtsstaatlicher Absicherung sowie umfangreichen politischen Mitspracherechten zu finden sind. Für lebendige Zivilgesellschaften sind Anreize und Strukturen für zivilgesellschaftliches Handeln bedeutsam. Dazu gehören ein effektives staatliches Gewaltmonopol, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit als sozialer Ausgleich, Offenheit und Teilhabechancen. Sie lassen sich als „Strukturmerkmale von Gesellschaften“ beschreiben, die eine starke Zivilgesellschaft auszeichnen.
- In der Dynamik des Engagements der Bürgerinnen und Bürger für geflüchtete Menschen sieht die Kommission ein großes Innovationspotenzial mit der Möglichkeit einer langfristigen Veränderung der Engagementlandschaft. Es gilt langfristig verschiedenen Herausforderungen konstruktiv zu begegnen: So müssen etwa überkommene Formen und Verständnisse von Kooperation und Arbeitsteilung zwischen hauptamtlichen Akteuren und freiwillig Engagierten aufgrund veränderter Erwartungshaltungen, Kompetenzen und Rollenverteilungen vielfach neu verhandelt werden. Notwendig ist die Kooperation von zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Akteuren und Akteurinnen.

III. Rahmenbedingungen für Engagement

1. Muss man nicht die Zeit und die finanzielle Ressourcen haben, um sich engagieren zu können?

Ja. in allen Bevölkerungsgruppen haben Gelegenheitsstrukturen, Netzwerke und die Verfügbarkeit von Zeit große Bedeutung für das Zustandekommen des Engagements. Wichtig ist zudem eine wirtschaftliche Lage, die genügend Freiraum für die freiwillige Übernahme von Aufgaben lässt. Viele Engagierte investieren in ihre Tätigkeit auch Geld, etwa für Fahrtkosten. Allerdings ist ein Engagement auch nicht ausgeschlossen, wenn diese hilfreichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

2. Welche Rolle spielen Organisationen, wie beispielsweise Vereine, beim bürgerschaftlichen Engagement?

- Das **Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“** (der sog. „ZiviZ-Survey“) ermöglichte 2013 einen ersten einheitlichen Überblick über die Institutionen des Dritten Sektors als Träger freiwilligen Engagements: 580.000 eingetragene Vereine, 18.000 Stiftungen des bürgerlichen Rechts, 10.000 gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbH) und 8.500 Genossenschaften.
- Zu den Kernergebnissen dieser Untersuchung gehört die beträchtliche Ausweitung der Organisationen des Dritten Sektors in den zurückliegenden Jahrzehnten. Damit haben die Bürgerinnen und Bürger heute weitaus mehr Möglichkeiten zum Engagement als in den zurückliegenden Jahrzehnten.
- In 78 Prozent der Organisationen gibt es ausschließlich freiwillig Engagierte, in 19 Prozent sowohl hauptamtlich Beschäftigte wie auch Freiwillige, in 3 Prozent lediglich Hauptamtliche.
- Eine Hochrechnung der Daten weist rund 17,5 Millionen Engagements in solchen Organisationen aus. Bezogen auf eine Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren von rund 70 Millionen Personen (Statistisches Bundesamt, Zensus 2011) entspräche das einer Quote von 25 Prozent.

- Die große Bedeutung der Vereine als Treffpunkte für Austausch und gemeinsames Handeln wird insbesondere in ländlichen Regionen deutlich. Häufiger als in den Städten engagieren sich Bürgerinnen und Bürger dort in Sport- und Freizeitvereinen, aber auch im Unfall- oder Rettungsdienst. Zum Teil ist dieses Engagement unverzichtbar, weil zum Beispiel die nächste Berufsfeuerwehr aus einer beträchtlichen Entfernung anrücken müsste.

3. Was sind die klassischen, etablierten Organisationen, in denen sich die meisten Bürgerinnen und Bürger engagieren?

- Die Organisationsformen des Engagements haben sich in den letzten 15 Jahrzehnten nicht grundsätzlich verändert. Wie schon 1999 dominierte 2014 das Engagement in Vereinen und Verbänden oder kirchlichen bzw. religiösen Gruppen (insgesamt 65 %).
- Seit 1969 hat sich die Zahl der **Vereine**, die heute einen Großteil des Engagements tragen, nahezu versiebenfacht. Allein zwischen 2001 und 2012 ist deren Anzahl um mehr als 35.000 auf rund 580.000 gestiegen. Vereine machen ein Drittel des Dritten Sektors in Deutschland aus. Zu den klassischen Vereinsbereichen gehören Sport sowie Freizeit und Geselligkeit.
- Aufmerksamkeit verdient die Entwicklung im **kirchlichen Bereich**: Obwohl die Mitgliederstatistiken der beiden großen Kirchen zwischen 2001 und 2012 einen Verlust von rund 5 Millionen Mitgliedern verzeichnen, nimmt das Engagement in diesem Bereich anscheinend noch zu. 24 Prozent der Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen aus dem kirchlichen Bereich berichten über eine Zunahme der engagierten Helfer und Helferinnen und nur 7 Prozent über eine Abnahme.

4. Gibt es – neben diesen traditionellen Organisationen – weitere Arten der Organisation bürgerschaftlichen Engagements?

- In den vergangenen Jahren wurden häufiger Stiftungen, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbHs) und Genossenschaften gegründet.
- In den Blick zu nehmen sind ferner Organisationen, die Engagement im Sinne politischer Beteiligung organisieren. Zu nennen sind etwa Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) oder Greenpeace, Sozialverbände wie der VdK Deutschland e. V.¹ und Internetplattformen wie Campact. Eine empirische Erfassung auch solcher Bereiche des Engagements und der Formen der Beteiligung, die sich dort entwickeln, gehört zu den Desideraten der Forschung. Sie könnte helfen, die große und noch zunehmende Vielfalt des Engagements zu erfassen und damit zu einer besseren Kartierung der Engagementlandschaft beizutragen.
- Des Weiteren sind größere Bereiche des Engagements zu berücksichtigen: insbesondere das Engagement in öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und informellen Netzwerken. Beispielsweise werden die Aktivitäten für Schulen und Kindergärten im Rahmen von Studien zum Dritten Sektor nur soweit erfasst, wie sie im Rahmen von Fördervereinen oder Verbänden erfolgen.

¹ „Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands“, im Jahr 1950 als Dachverband der Landesverbände gegründet.

5. Einerseits wird festgestellt, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger engagieren oder zumindest dazu bereit wären. Andererseits klagen manche Organisationen über Nachwuchssorgen. Wie passt das zusammen?

- Erklärt wird dieser Widerspruch mit der scheinbar sinkenden Bereitschaft jüngerer Menschen, sich in verbindlichen und verantwortlichen Positionen zu engagieren und einer Tendenz zu einer stärkeren „Individualisierung des Engagements“.
- Zudem existieren beträchtliche Möglichkeiten für ein kurzfristiges, anlass-, projekt- und internetbezogenes Engagement. Verwiesen wird diesbezüglich auf individuelle Wünsche, sich nicht auf unübersehbare Zeit an eine Organisation binden zu müssen und über die gemeinsamen Aktivitäten mitentscheiden zu können.
- Auch spielt die Verlagerung der freiwilligen Aktivitäten aus traditionellen Bereichen des Engagements in neue Bereiche eine Rolle. Dabei dürfte sich auch das starke Wachstum der zivilgesellschaftlichen Strukturen ausgewirkt haben. Allein die Versiebenfachung der Zahl der eingetragenen Vereine seit 1960 eröffnet Interessierten heutzutage ein kaum überschaubares Feld von Optionen, sich freiwillig zu engagieren.
- Dementsprechend berichten die Mitarbeiter in zahlreichen Organisationen und Verbänden auch über den gegenläufigen Effekt, dass sich eher mehr Freiwillige melden (z. B. in Schulen und Kindergärten, im Umwelt- und Naturschutz, in den sozialen Diensten, in der Flüchtlingshilfe etc.). Hier haben sich die Möglichkeiten zum Engagement erkennbar schneller entwickelt als die Zahlen der Engagierten.
- Darüber hinaus gibt es Indikatoren dafür, dass generell weniger Freiwillige Leitungs- und Vorstandsfunktionen übernehmen, sodass sich die Leitungsaufgaben auf einen kleineren Kreis konzentrieren. Allerdings stehen noch Informationen darüber aus, in wieweit hier der besondere Zeitaufwand für Leitungsaufgaben abschreckend wirkt und in wieweit sich dabei auch andere Zusammenhänge bemerkbar machen (z. B. die rechtliche Verantwortung, die mit solchen Aufgaben einhergeht).

6. Engagement und Internet?

Der Einbezug der neuen Techniken und des Internets durch engagierte Personen ist besonders auffällig. 2014 nutzten 58 Prozent der Engagierten das Internet auch für ihre freiwilligen Tätigkeiten.

Männer machten eher als Frauen davon Gebrauch, Jüngere eher als Ältere. Besonders hoch war die Nutzungsquote unter den Engagierten mit höherer Bildung (68 %).

Aber nur wenige Freiwillige stützten ihr Engagement überwiegend oder ausschließlich auf das Internet (3 % laut dem Freiwilligensurvey 2014).

7. Welche Rolle spielen Geldzahlungen / Monetarisierung im Engagement?

- Empirische Daten zeigen, dass der überwiegende Teil des Engagements immer noch unentgeltlich erbracht wird. Dennoch gewinnen Formen der Monetarisierung – im Wesentlichen Geldzahlungen für Leistungen, die bislang ohne Gegenleistung erbracht wurden – an Bedeutung.
- Fasst man unterschiedliche monetäre Gegenleistungen für Engagierte zusammen, zeigt sich, dass je nach Tätigkeitsfeldern unterschiedliche Profile erkennbar werden:
Auf der Ebene der Organisationen weist der Sportbereich mit 40 Prozent den bei weitem größten Anteil an Vereinen mit monetarisiertem Ehrenamt auf, gefolgt von sozialen Diensten (18 %), Be-

völkerungs- und Katastrophenschutz (17 %) und Versorgungsaufgaben (17 %). Die geringsten Monetarisierungsquoten weisen die Bereiche internationale Solidarität (3 %), Bürger- und Verbraucherinteressen (4 %) sowie die kirchlichen Vereinigungen (5 %) auf.

- Die Kommission sieht in der Unentgeltlichkeit freiwilligen Engagements ein Wesensmerkmal von Engagement. Wenngleich in der politischen Debatte nach wie vor die Unentgeltlichkeit als Merkmal von Engagement betont wird, wurden zugleich die rechtlichen Rahmenbedingungen zugunsten von Monetarisierung verbessert.
Wünschenswert sind Handlungssicherheit und eine tragfähige Ordnung zum Umgang mit Geldzahlungen für Engagement.

IV. Zentrale Debatte: Flucht, Migration und Engagement – sowie die „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“

1. Welche Kernaussagen enthält der ZEB zum Engagement für und von Geflüchtete(n)?

- Beim Thema Zuwanderung und geflüchtete Menschen wird die große Bedeutung freiwilligen Engagements und einer lebendigen Zivilgesellschaft in Deutschland offensichtlich: Ohne das vielfältige, spontane Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die geflüchteten Menschen konnte und kann der Staat die großen Aufgaben der humanitären Hilfe und Bemühungen um Integration nicht meistern.
- Bisherige Studien zeigen, dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger keineswegs rückläufig ist: Das vielfach befürchtete bzw. prognostizierte „Kippen der Stimmung“ ist bislang nur mancherorts eingetreten.
- In der Dynamik des Engagements der Bürgerinnen und Bürger für geflüchtete Menschen sieht die Kommission ein großes Innovationspotenzial mit der Möglichkeit einer langfristigen Veränderung der Engagementlandschaft.
- Es gilt, neue Herausforderungen zu meistern, z. B. müssen Formen der Kooperation und Arbeitsteilung zwischen hauptamtlichen Akteuren und freiwillig Engagierten neu verhandelt werden. Notwendig ist die Kooperation von zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Akteuren und Akteurinnen.
- Vor allem bedarf es nach Ansicht der Kommission einer transparenten und verlässlichen staatlichen Flüchtlingspolitik. Hierbei geht es v. a. um die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Handlungsformen der Bürgerinnen und Bürger durch klare Konzepte, die Gewährleistung von Sicherheit und Schutz und abgesicherte Maßnahmepakete.

2. Welche Kernaussagen enthält der ZEB zum Engagement für und von Menschen mit Migrationshintergrund?

- Die Ursachen für die im Durchschnitt geringere Engagementbeteiligung der Personen mit Zuwanderungsgeschichte (im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund) sind auch mit sozioökonomischen, migrationspezifischen und kulturellen Faktoren zu begründen. Weitere Erklärungsfaktoren sind Diskriminierungserfahrungen, eine ungenügende Bereitschaft für interkulturelle Öffnungsprozesse sowie mangelhaften Informationsangeboten und Zielgruppenorientierungen.
- In der Debatte wird häufig „der Migrationshintergrund“ oder -status in defizitärer Perspektive als Ursache für soziale Probleme und niedrigere Engagementquoten angeführt. Zukünftig sollte auf

solche Komplexitätsreduktionen verzichtet werden. Notwendig ist eine sachliche politische und öffentliche Thematisierung, indem die Interdependenz von sozioökonomischen, milieubedingten und migrationspezifischen Einflussfaktoren differenziert analysiert wird.

- Die deutsche Staatsangehörigkeit, die Sozialisation oder ein bereits lange währender Aufenthalt in Deutschland wirken sich positiv auf die Engagement- und Beteiligungsbereitschaft aus, und im Generationenverlauf scheinen Angleichungsprozesse stattzufinden.
- Bei allen Migrationsgruppen ist eine große Engagementbereitschaft festzustellen ist; es bestehen also hohe Engagementpotenziale. Bestehende Zugangsbarrieren zu zivilgesellschaftlichen Bereichen und Institutionen müssen daher erkannt und abgebaut werden.
- Notwendig wird die Verzahnung der Engagementförderung mit der Integrationspolitik.
- Die informellen „unsichtbaren“ Engagementstrukturen im Inneren der Moscheevereine bedürfen zukünftig weiterer wissenschaftlicher Beachtung.

3. Wie positioniert sich die ZEB-Kommission mit Blick auf „unzivil“ Formen des Engagements?

- Auf Basis eines differenzierten – auch normativen, d. h. wertgebundenen – Verständnisses von Zivilgesellschaft sollten alle mit dem Verfassungsauftrag des Grundgesetzes verträglichen Engagementformen unterstützt werden; eindeutig gegen Recht und Gesetz verstoßende – unzivil – Engagementformen sollten hingegen untersagt werden.
In der konkreten Praxis macht dies freilich schwierige Abwägungen erforderlich.
- Notwendig ist der adäquate Umgang mit eindeutig abzulehnenden Einstellungen und Formen des Engagements, die mit Feinderklärungen operieren, Menschen(-gruppen) oder Gegner herabwürdigen, sich menschenfeindlich zeigen und im schlimmsten Fall vor Gewaltanwendungen keinen Halt machen.
- Für diesen adäquaten Umgang mit unzivilem Engagement (z. B. von Rechts) bedarf es einer normativen Qualifizierung von nicht staatlichen Aktivitäten (im Sinne eines handlungslogischen positiven Verständnisses von Zivilgesellschaft): Hierbei geht es um wertgebundene, zivilisiertere Interaktionen zwischen Individuen und Gruppen. Diesbezüglich relevante Werte sind etwa Rechtsstaatlichkeit, Respekt der Menschenwürde, Partizipation, Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit, Toleranz.

4. Welche Handlungsempfehlungen gibt die Kommission zum Umgang mit solchen „Engagement“-Formen?

- Die Kommission empfiehlt klare Regeln und Grenzsetzungen für den Umgang mit nicht demokratischen, unzivilen Formen des Engagements. Die Politik sollte ausschließlich solche Engagementformen fördern, die sich durch integrationsförderliche, zivile und gemeinwohlorientierte Merkmale und Unterstützungsleistungen auszeichnen.
- Politik sollte gegenüber unzivilen Engagementformen Präsenz, Standhaftigkeit und Prinzipienfestigkeit zeigen. Sie hat zudem die Möglichkeit, im demokratie- und sozialpolitischen Feld mit Einzelprogrammen Prioritäten zu setzen, breite Allianzen und gezielte Bürgerinitiativen, Projekte und Vereine gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit ausdrücklich zu fördern (Beispiel: Programm: „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“; Laufzeit 2015-2019).

Flüchtlingspolitik:

- Es gilt, auf allen drei Ebenen der öffentlichen Hand eine transparente und konsistente Politik zu entwickeln. Die vorrangigen Aufgaben sind, das Bürgerengagement für Flüchtlinge zu unterstützen und den Dialog mit skeptischen und Vorbehalte äußernden Bürgerinnen und Bürgern zu suchen. Die Engagierten sollten frühzeitig in (politische und administrative) Entscheidungsprozesse – etwa zur Unterbringung der Flüchtlinge – einbezogen werden.
- Engagementformen, mit denen eine massive Ablehnung und Zurückweisung von geflüchteten Personen zum Ausdruck kommt, sollte mit angemessenen politischen Aktionen, aber auch wirksamen Mitteln zur Wahrung der Sicherheit der Geflüchteten und einer konsequenten Verfolgung von Übergriffen begegnet werden.